

Die Barmer Erklärung - Größe und Grenze

Als der Westfälische Präses Karl Koch aus Oeynhausen am 29. Mai 1934 die erste „Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche“ in der reformierten Kirche von Barmen-Gemarke eröffnete, lag der „Tag der Machtübernahme“ durch eine „Regierung der „nationalen Konzentration“ gerade 16 Monate zurück. Und in diesen Monaten hatte es innerkirchliche Auseinandersetzungen gegeben, wie sie der deutsche Protestantismus seit der Reformation nicht gekannt hatte. Ohne diese Vorgeschichte ist Barmen nicht zu verstehen.

Die neue Regierung bekannte sich zum „Christentum als dem sittlich-moralischen Fundament von Volk und Staat“. Hitler sprach eine mit religiösen Versatzstücken durchsetzte Propagandasprache. Die Erwartungen vor allem der nationalprotestantischen Teile der

evangelischen Kirche waren riesengroß. Man feierte die „Wende“ als Anbruch der Wiedergeburt eines neuen Deutschland. In Verlautbarungen und Pressekommentaren wurde die „nationale Befreiungsbewegung“ als Überwinderin einer verfehlten Vergangenheit gefeiert: Man feierte das Ende eines aufgeklärt liberal-individualistischen Zeitalters, man feierte die politisch-weltanschauliche Überwindung der Demokratie, des Marxismus und des Bolschewismus und man feierte auch das Ende des politischen Katholizismus.

Die alten Gegner der Kirche, der glaubenslose bürgerliche Liberalismus, die demokratisch-republikanischen Parteien, der atheistische Sozialismus und Kommunismus, waren durch die Hitlerbewegung gebrochen und zugunsten einer neuen Volksgemeinschaftsidee überwunden. Die Mehrheit der Kirchenmitglieder war dem Führer und dem neuen Kanzler für seine „revolutionäre Tat“ sehr dankbar. Sie priesen den in der Geschichte handelnden Gott, der der geschlagenen und verwundeten Nation einen Retter geschenkt

hatte. Sie konnten dabei darauf hinweisen, dass der Mehrheitsprotestantismus schon immer gewesen war, was nun gesiegt hatte: antiaufklärerisch, antiliberal, antidemokratisch, antisozialistisch und antisemitisch. Und in der Tat: Hitler holte seine Stimmen in der Wahl vom 5. März 1933 bei den Protestanten, die rund zwei Drittel der Bevölkerung ausmachten. Vor allem in Nord- und Ostdeutschland stimmte man der „Vereinigten Rechten“ (NSDAP und DNVP) zwischen 70 und 80% zu. Auf dem Hintergrund des traditionellen staatsautoritären Denkens ist es zu verstehen, dass man die neue Gesetzgebung des Staats und die Praxis gegen die Weimarer „Systemträger“ als

Notwendigkeiten auf dem Wege zu einem neuen Volksstaat begrüßt hat. Man akzeptierte die Aufhebung der personalen Grundrechte der Weimarer Reichsverfassung und das Ermächtigungsgesetz. Deshalb gibt es kein kirchliches Wort gegen die Aufhebung der Parteien, gegen die Verhaftung und Inhaftierung von Kommunisten und Sozialdemokraten, gegen die beginnende Entrechtung und gesellschaftliche Ausgliederung von Juden und gegen den Judenboykott. Kritischen Anfragen aus der Ökumene begegnete man mit Solidarisierungen mit der Innenpolitik Hitlers. In der Außenpolitik stand man voll auf der Seite Hitlers. Man begrüßte emphatisch seine Revisionspolitik gegen „die Schmach von Verrailles“ und den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund.

Wie tief die Identifizierung mit dem neuen Staat ging, zeigt die Osterbotschaft der Altpreußischen Kirche (sie war innerhalb des 28 Landeskirchen umfassenden Evangelischen Kirchenbundes die größte):

„Die Osterbotschaft von dem auferstandenen Christus ergeht in Deutschland in diesem Jahr an ein Volk, zu dem Gott durch eine große Wende gesprochen hat. Mit allen evangelischen Glaubensgenossen wissen wir uns eins in der Freude über den Aufbruch der tiefsten Kräfte unserer Nation zu vaterländischem Bewusstsein, echter Volksgemeinschaft und religiöser Erneuerung....

In der Überzeugung, dass die Erneuerung von Volk und Reich nur von diesen Kräften getragen und gesichert werden kann, weiß die Kirche sich mit der Führung des neuen Deutschland dankbar verbunden. Sie ist freudig bereit zur Mitarbeit an der nationalen und sittlichen Erneuerung unseres Volkes.

Zur Ausrichtung dieses Dienstes bedarf die Kirche voller Freiheit für die Entfaltung ihres Lebens und ihrer Arbeit. Sie vertraut der Regierung, die uns die feierliche Zusicherung dieser Freiheit gegeben hat. “

Diese Zustimmung zum neuen System eines autoritären Volksstaates und seine geschichtstheologische Interpretation als gnädigen Eingriff Gottes in die deutsche Geschichte findet sich nicht nur bei den Deutschen Christen, die seit Herbst 1932 angetreten waren, die Kirche über Kirchenwahlen für den Nationalsozialismus zu erobern, sondern genauso bei Männern der späteren Opposition und bekennenden Kirche. Die Verehrung des Reichskanzlers als gottgewollte Obrigkeit verband sie alle. Nationalpolitische Unterschiede zwischen Joachim Hossenfelder, dem Reichsleiter der „Glaubensbewegung Deutsche Christen“ und dem Vorsitzenden des Pfarrernotbundes Martin Niemöller, hat es in dieser Aufbauphase eines sich bald totalisierenden Staates nicht gegeben. Der binnenpolitische Konflikt in der Kirche war zunächst vorrangig kirchenpolitischer Natur. In der Frage einer Kirchenreform im Sinne des Aufbaus einer einheitlichen Reichskirche mit einem Reichsbischof an der Spitze waren sich alle kirchlichen Gruppen zunächst einig.

Am 27. Mai wählten die Vertreter der Landeskirchen Friedrich von Bodelschwingh gegen den Protest des Beauftragten des Führers für Kirchenfragen Ludwig Müller zum Reichsbischof, der aber schon am 24. Juni zurücktrat, als August Jäger als Staatskommissar für die preußischen Kirchen eingesetzt wurde. Es wurde deutlich, dass der Staat massiv als kirchenpolitischer Akteur in den Reformprozess eingreifen wollte. Jäger trat erst zurück, als am 14. Juli das Gesetz über die Verfassung der DEK als Reichsgesetz verabschiedet und Kirchenwahlen für den 23. Juli ausgeschrieben wurden.

Mit massiver Unterstützung der Partei und mit einer Rede Hitlers aus Bayreuth gewann die GDC bei den Kirchenwahlen am 23. Juli rund 2/3 aller Sitze gegen die Liste „Evangelium und Kirche“. Es begann nun der Aufstieg des Wehrkreispfarrers Ludwig Müller. Er ließ sich zum Landesbischof ohne Bindung an die Kollegialbeschlüsse wählen, er schaltete auf der Preußischen Generalsynode die Gruppe „Evangelium und Kirche“ aus, besetzte neu geschaffene Bistümer mit Deutschen Christen, bevor er sich einstimmig am 27. September auf der Deutschen Nationalsynode in Wittenberg zum Reichsbischof wählen ließ. Mit Hilfe

einer rigiden Gesetzgebung durch die Reichskirchenregierung wollte er schließlich die Gleichschaltung aller Gliedkirchen unter seinem Regiment erreichen. Die GDC unter Hossenfelder führte unterdessen einen leidenschaftlichen Kampf um die theologische und kirchliche Führerschaft im evangelischen Deutschland. Anfangs wurde sie auch von prominenten Universitätstheologen unterstützt.

Erst langsam bildete sich eine innerkirchliche Opposition gegen die DC-Theologie und die DC-Kirchenführung. Von größter Bedeutung wurde der von Martin Niemöller ins Leben gerufene Pfarrernotbund, zu dem bald Tausende von Pfarrern gehörten. Schon vorher hatte es gegen die DC- Irrtümer und gegen die DC-Usurpation der Kirchenleitungen Einsprüche von Pfarrbruderschaften und neu formulierte Bekenntnisse gegeben (wie etwa das Bochumer Pfingstbekenntnis). In der Notbundverpflichtung kommt in Kürze zum Ausdruck, worum es ging:

„Ich verpflichte mich, mein Amt als Diener des Wortes auszurichten allein in der Bindung an die Hl. Schrift und an die Bekenntnisse der Reformation als die rechte Auslegung der Hl. Schrift.

Ich verpflichte mich, gegen alle Verletzung solchen Bekenntnisstandes mit rückhaltlosem Einsatz zu protestieren.

Ich weiß mich nach bestem Vermögen mit verantwortlich für die, die um solchen Bekenntnisstandes willen verfolgt werden.

In solcher Verpflichtung bezeuge ich, dass eine Verletzung des Bekenntnisstandes mit der Anwendung des Arierparagraphen im Raum der Kirche Christi geschaffen ist.“

Überall im Lande regte sich nun zunächst in kleinen Kreisen die Opposition gegen Theologie und Kirchenpraxis des Reichsbischofs und seiner Satrapen. Von Anfang an wurde die Opposition der „Reaktion“ verdächtigt, da sie ja gegen eine Kirchenpolitik und einen Reichsbischof protestieren musste, die die volle Rückendeckung des Führers hatte. Unzählig sind die Bekundigungen der Oppositionsgruppen, in denen sie nur um einen schriftgemäßen und bekenntnisgebundenen Aufbau der Kirche geht und sie in unerschütterlicher Treue zum Führer als Reichskanzler standen. Die Gestapo sah das anders: sie beobachtete die Notbundpfarrer und hat später Dutzende von ihnen verhaftet.

Als die Unruhe in den Kirchen durch die kirchenpolitischen Auseinandersetzungen zunahm, griff der Reichsbischof zum Erlass einer Ordnung, die den Pfarrern jegliche öffentliche

Beteiligung an der kirchenpolitischen Diskussion verbot. Dieser „Maulkorberlass“ vom 4.

Januar 1934 verschärfte die Lage ungemein. Einen Tag vorher hatte sich zum ersten Mal eine

Freie Reformierte Synode in Barmen-Gemarke gebildet. Der Bonner Prof. Karl Barth, der

schon im Juni in seiner Schrift „Theologische Existenz“ eine richtungsweisende Konzentration der Kirche und ihrer Pfarrer auf theologisch-kirchliche Arbeit empfohlen hatte, hielt einen Vortrag „Über das rechte Verständnis der reformatorischen Bekenntnisse in der DEK der Gegenwart“, den die Synode „dankbar auf ihre Verantwortung“ nahm. Ähnliche Versammlungen bekennender Christen gab es in der Folge vor allem im Rheinland, in Westfalen und Brandenburg. Zu diesen Versammlungen strömten jetzt Gemeindevertreter und Gemeindeglieder. Am 18./19. Februar hält Joachim Beckmann auf der Freien Evangelischen Synode im Rheinland einen Vortrag über „Reformatorisches Bekenntnis heute“.

Ein Problem war es für die Bekenntnisgemeinschaften in den „nichtintakten Kirchen“, wie sich in dem großen Konflikt die süddeutschen „intakten Kirchen“, die sich nicht in das DC-Kirchenregiment hatten eingliedern lassen, verhalten würden. Die Bischöfe Wurm (Württemberg) und Meiser (Bayern) haben immer wieder versucht, in direktem Kontakt zu Hitler die Kirchenprobleme durch einen Kompromiss zu lösen. Aber auch bei dem Empfang am 13. März mussten sie sich von Hitler sagen lassen, dass er mit Müller zusammen auf eine einheitliche, geschlossene Reichskirche hinarbeite.

Beide Bischöfe suchten den zwischenzeitlich unterbrochenen Kontakt zu den Brüdern in Preußen und anderswo wieder aufzunehmen.

Am Morgen des 16. März wird die Westfälische Provinzialsynode durch die Gestapo aufgehoben und es konstituiert sich am Nachmittag eine „Westfälische Bekenntnissynode“. Sie erklärt das Kirchenregiment zur „ungeistlichen Gewaltherrschaft“ und fordert die Gemeinde auf, sich der Leitung eines Bruderrates zu unterstellen. Bekenntnispfarrer und Bekenntnisgemeinden bilden bald das Fundament einer sich langsam bildenden Bekennenden Kirche.

Am 18. März folgt ein rheinisch-westfälischer Gemeindetag „Unter dem Wort“ mit 25.000 Teilnehmern in der Dortmunder Westfalenhalle. Die Bedeutung dieser **Dortmunder Ereignisse kann für den Weg nach Barmen kaum überschätzt werden.** Denn Meiser lud schon am 19. März neben Wurm und Koch weitere Vertreter der westdeutschen Pfarrerschaft nach Frankfurt /M. ein. Das Ergebnis war die Bildung einer „Bekenntnisgemeinschaft“

zwischen dem Westen und dem Süden. Gemeinsam war ihnen klar geworden, dass die Zeit lavierender Kirchenpolitik vorbei war und der Kampf nun um die Freiheit der biblischen und bekenntnisgebundenen Verkündigung der Kirche ging.

Schon am 11. April fand ein nächstes Treffen im Predigerseminar von Nürnberg statt.

Anwesend waren neben Meiser Wurm, Koch, Martin Niemöller, Joachim Beckmann, Johannes Bosse, Georg Fiedler, Johannes Theodor Horn, Gerhard Jacobi und Hans Asmussen.

Das Ergebnis war die Bildung eines „Nürnberger Ausschusses“, der sich in einen „Aktionsausschuss“ und einen „Theologischen Ausschuss“ untergliederte. Es ist der Beginn eines organisatorischen Aufbaus einer sich bildenden „Bekennenden Kirche“ (BK).

Nach erneuten Angriffen von Müller, die Kirche auf seine Weise zu befrieden, kam es am 22.

April in Ulm nach einem Gottesdienst von Wurm zu einer von Bischof Meiser verlesenen

„Ulmer Erklärung“, in der es am Anfang heißt:

„Wir versammelten Vertreter der württembergischen und bayrischen Landeskirchen, der Freien Synode im Rheinland, in Westfalen und Brandenburg, sowie vieler bekennender Gemeinden und Christen in ganz Deutschland erklären als rechtmäßige evangelische Kirche Deutschlands vor dieser Gemeinde und der gesamten Christenheit..“

Diese Ulmer Erklärung ist die Gründungsurkunde der Bekennenden Kirche auf Reichsebene.

Aus der Bekenntnisgemeinschaft war die Bekennende Kirche geworden. Am 29. April kam es zu einer gemeinsamen Tagung der Westfälischen Bekenntnissynode und der Freien Evangelischen Synode im Rheinland in Dortmund. Auch sie bekundete: die Bekennende Kirche ist die legitime Kirche des Wortes und des Rechtes.

Die Reichskirchenregierung antwortete mit verschärfte Eingliederungs- und

Gleichschaltungspolitik. Auf der nächsten Sitzung des „Nürnberger Ausschusses“ schlägt

Karl Immer einen Theologenausschuss zur Vorbereitung einer Theologischen Erklärung auf

einer Bekenntnissynode vor. Karl Barth, Thomas Breit und Hans Asmussen, später ergänzt

durch Hermann Sasse, werden mit einer Ausarbeitung beauftragt. Schon am 7. Mai tagt man

erneut, jetzt in Kassel. In einer „Kasseler Erklärung“ heißt noch einmal: wir sind die

rechtmäßige DEK.

Für den 15./16. Mai beruft Karl Koch den Theologischen Ausschuss nach Frankfurt/M. ein.

Hier beginnt nun die Text- und Redaktionsgeschichte der späteren Barmer Theologischen

Erklärung.

Viele Kontroversen zwischen den Theologen sind zu überwinden. Im Ganzen liegen acht Textfassungen vor. Es wird eine von hohem theologischen Verantwortungsbewusstsein getragene Arbeit, die aufregend und konfliktreich gewesen ist. Noch auf der letzten Sitzung am 22. Mai in Leipzig wird im erweiterten Kreis um jede Formulierung und um die Abfolge der Synode gerungen. Es war Hans Asmussen, der viele Wochen an der Abfassung einer Synodalrede gearbeitet hat, immer in Kontakt zu seinen Mitstreitern.

Als die Bekenntnissynode schließlich begann, lag harte Arbeit der Verfasser in nationalgeschichtlich und kirchengeschichtlich turbulenter Zeit hinter ihnen.

Zum Ganzen:

Günter Brakelmann: Evangelische Kirche im Entscheidungsjahr 1933/34: Der Weg nach Barmen, Berlin 2010

Inhaltsverzeichnis:

Erster Teil: Der Weg nach Barmen

Die ersten Monate nach dem 30. Januar 1933

Predigt von Otto Dibelius beim Tag von Potsdam am 21. März 1933

Dibelius zum Judenboykott am 1. April 1933

Kampf der Geister

Solidarisierungen protestantischer Verbände mit der „nationalen Revolution“ und die Osterbotschaft des EOK

Der Aufbau des NS-Staates und seine staatsrechtliche Interpretation durch protestantische Staatsrechtslehrer

Die Judenfrage

Die Reichstagung der Deutschen Christen

Der erste Konflikt in Mecklenburg-Schwerin

Der Fortgang der innerkirchlichen Diskussion

Der Fortgang der Kirchenpolitik

Widerstand von Berliner Pfarrern

Zweiter Teil: Um das Kirchesein der Kirche

Karl Barth: Theologische Existenz heute!

Das Bochumer Pfingstbekenntnis

Die Kirchenwahlen vom 23. Juli 1933 in Bochum und die „Bekenntnisfront“

Hans Ehrenberg: 72 Leitsätze zur jüdenchristlichen Frage

Das Tecklenburger Bekenntnis

Begegnung mit niederländischen Christen

Das Betheler Bekenntnis

Dritter Teil: Kirche zwischen nationaler Zustimmung und theologischer Neubesinnung

Die Nation vor Gott

Beginn der Distanzierung der Partei von den Deutschen Christen

Der Austritt aus dem Völkerbund

Die große Aufgabe: Volksmission

Die Lutherfeiern zum 450. Geburtstag des Reformators

Die Sportpalastkundgebung

Die kirchenpolitischen und theologischen Reaktionen auf die Sportpalastkundgebung

Der letzte Versuch der Bischöfe

Die Dortmunder Ereignisse

**Die Karfreitagsbotschaft des Reichsbischofs und die Antwort des Pfarrernotbundes
Ein neuer Angriff des Reichsbischof Müller und die Antworten der
„Bekenntnisgemeinschaft“ der DEK**

**Vierter Teil: Die Verwerfungsthesen der Barmer Theologischen Erklärung
im Kontext der politischen Realitäten**

**Ja zum Hitlerstaat – Nein zur innerkirchlichen Häresie – Kampf um die Freiheit der Kirche
Die sechs Verwerfungssätze**